



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
**Vorstand und Fraktion SPD Neuwittenbek**

**Resolution**

Neuwittenbek, den 24. Februar 2020

---

Wir sind fest entschlossen, unsere freiheitliche und offene Gesellschaft mit allen Mitteln des Rechtsstaates und der Demokratie zu behaupten.

Darin fühlen wir uns unseren Großvätern und Vätern verpflichtet, die im Kampf gegen die Nazis verfolgt, in Konzentrationslagern eingesperrt und dort zum Teil ermordet wurden.

Zum Grundkonsens der Bundesrepublik Deutschland gehört es als Lehre aus dem verbrecherischen NS-Regime und dem Scheitern der Weimarer Republik, dass Demokraten keine gemeinsame Sache mit den Feinden der Demokratie machen

In der gemeinsamen Wahl eines Ministerpräsidenten in Thüringen durch CDU, FDP und AFD sehen wir eine unerträgliche Grenzüberschreitung und Belastung für unsere Demokratie.

Mit gewalttätigen Neonazis und rechten Populisten kann es keine wie auch immer geartete Zusammenarbeit geben.

Politische Mehrheiten dürfen nicht von den Stimmen der AFD abhängen.